

„Peking plus 5“:

Bilanz ohne Perspektiven

Typisch UN-optimistisch glaubte UN-Generalsekretär Kofi Annan nach der Peking-plus-5-Konferenz in New York (5.-9. Juni), Fortschritte ausmachen zu können, Regierungsdelegationen feierten „Erfolg“. Insgesamt und laut artikuliert von den NGOs herrschte aber Enttäuschung vor. Das nach einem Verhandlungsmarathon verabschiedete Dokument brachte die Beschlüsse der 4. Weltfrauenkonferenz von Peking nur wenig voran. Der befürchtete Rückschritt wurde allerdings vermieden. Aus New York berichten **Uwe Hoering** und **Christa Wichterich**.

Aufgabe der UN-Sondergeneralversammlung in New York war, die Umsetzung der Aktionsplattform von Peking zu überprüfen, Erfahrungen auszuwerten, neue Themen einzuarbeiten und vor allem der Umsetzung neuen Schwung zu geben (siehe auch W&E 03-04/2000). Im UN-Vergleich waren die Verhandlungen extrem zäh, verhärtet und kompromißunwillig. Öfters kursierten Gerüchte über ein unausweichliches Scheitern. Die Hauptstreitpunkte:

* Frauenrechte im Bereich von Sexualität und Gesundheit,

* Globalisierung,

* unilaterale Sanktionen.

Die EU und JUSCANZ (Japan, USA, Kanada, Australien, Neuseeland u.a.) machten sich für Frauenrechte und „Good Governance“ stark. Das eingeforderte Recht auf Freiheit „sexueller Orientierung“ wurde von den konservativen christlichen und islamischen Kräften von Anfang an abgeschmettert.

● **Zerklüfteter Süden:** Die Gruppe der 77 und China traten zunächst als Block auf und setzten erneut Entwicklung und Finanzen oben auf ihre Prioritätenliste. Zum Thema Globalisierung forderten die meisten Länder des Südens, die negativen Auswirkungen von Liberalisierung, Privatisierung und Strukturanpassung auf Wirtschaft und auf Frauen zu benennen. Dagegen beharrten die Industriationen auf einer „ausgewogenen“ Würdigung der „Chancen“ von Globalisierung, die durch Mißmanagement und „unangemessene Umsetzung“ von Strukturanpassung geschmälert würden. In dieser Frage setzte sich der alte Nord-Süd-Gegensatz fort.

Da die 133 Staaten der G 77 in bezug auf Frauenrechte jedoch höchst unterschiedliche Positionen vertraten, brach der Block im Laufe der Verhandlungen ausein-

ander. Insbesondere die südafrikanischen Länder (SADC), einige lateinamerikanische Staaten (SLAC) und CARICOM ergriffen häufig Partei für Frauenrechte an der Seite der Industriestaaten.

Andererseits machte erneut eine „unheilige Allianz“ von Vatikan, erzkonservativen christlichen und islamistischen Regierungen Front gegen Abtreibung, sexuelle Rechte, Aufklärung von Jugendlichen und AIDS-Prävention. Zu den Bremsern gehörte auch die kubanische Delegation, die sich vom Westen, vor allem von den USA, keine Positionen, z.B. in Fragen zivilgesellschaftlicher Partizipation oder „good governance“, diktieren lassen wollte. Dagegen ging es den konservativen Kräften mit ihrer Verzögerungs- und Zermürbetaktik darum, die Beschlüsse von Peking aufzuweichen oder gar zu kippen.

● **Keine neuen Themen:** Rund um die Verhandlungen herrschte eine verwirrende Gemengelage von Akteurinnen, Inhalten und Interessen. Es gab keine wirklich neuen Themen, nur neue Akzentsetzungen. Die NGOs hatten angekündigt, kein eigenes Forum durchzuführen, organisierten aber eine Vielzahl von Veranstaltungen und Debatten, häufig zusammen mit dem UN-Entwicklungsfonds für Frauen (UNIFEM) und dem UN-Entwicklungsprogramm (UNDP). Dies zeigt eine weitgehende Konvergenz der Themen. Quer durch die Lager von Regierungen, UN-Organisationen und nicht-staatlichen Organisationen waren die inhaltlichen Schwerpunkte:

* politische Partizipation,

* Beteiligung an Konfliktbearbeitung und Friedensverhandlungen,

* Globalisierung,

* ökonomisches Empowerment durch Mikro-Kredite und durch verstärkten Einfluß auf der Makro-Ebene auf Staatshaushalt, Strukturanpassungs- und Armutsbe-

kämpfungsprogramme,

* Einbeziehung von Männern in den Kampf um Frauenrechte und Gleichstellung.

NGO-Frauen saßen in fast allen Delegationen, andere sind als Mitarbeiterinnen oder Beraterinnen von UN-Organisationen tätig. Deutlich ist, daß mit den Vertreterinnen von Frauenorganisationen auch die Themen und Forderungen aus den Frauenbewegungen bei UN-Organisationen und Regierungen angekommen sind – eine Tendenz, die sich seit Peking noch einmal verstärkt hat.

So findet sich im Ergebnisdokument eine noch stärkere Einbettung aller Themen in das Menschenrechtskonzept als in Peking, eine Verurteilung aller Formen von Gewalt als Menschenrechtsverletzung, einschließlich Genitalverstümmelung und sogenannten „Ehrenmorden“, und Hinweise auf die negativen Auswirkungen der Globalisierung, die die NGOs in Peking bereits intensiv diskutiert hatten.

Zwar kritisierten die NGOs den Mangel an politischem Willen der Regierungen, an Bereitschaft zu handeln und „in Frauen zu investieren“ und verteilten in ihren Bilanzen über die Fortschritte seit Peking schlechte Noten. Ihre frühere konfrontative Haltung war jedoch überwunden, klare Konfliktlinien – außer gegenüber dem konservativen „Backlash“ – waren nicht mehr erkennbar. In ihrem breiten Themenspektrum fehlte es den NGOs an Prioritäten, an klaren Konturen, an Bemühungen, autonome Trennschärfe gegenüber den Positionen der Regierung zu bewahren. So wurden keine eindeutigen Positionen bezogen, die die Mindestanforderungen für ein über Peking hinausgehendes Dokument ebenso deutlich benannt hätten wie die Schmerzgrenze, die nicht überschritten werden sollte. Eine Diskussion darüber, ob kein Dokument eventuell besser sein könnte als ein schwaches, wurde nur in Ansätzen und viel zu spät geführt.

● **Third-Wave-Feminismus:** Die einzige Gruppe, die die Gelegenheit zu einer autonomen Selbstverständigung nutzte, war das „Netzwerk junger Frauen“, das erst vor einem halben Jahr per Internet ins Leben gerufen wurde. Ihr vielfältiger „Third-Wave-Feminismus“, der noch Wut im Bauch

und Energien für die Zukunft hat, wurde in New York zum Hoffnungsträger der NGOs.

Im Gegensatz zu anderen NGO-Szenen ist es ein Vorteil der Frauen-NGOs, daß sie sich nicht in spezialisierte und professionalisierte Gruppen zersplittern, sondern mit Hilfe des Frauenrechtskonzepts inhaltliche Kohärenz bewahren und den Gesamtzusammenhang im Auge behalten. Häufig wurde darauf hingewiesen, daß individuelle und politische Frauenrechte nicht von wirtschaftlichen und sozialen Rechten abgelöst werden können, daß „Geschlechtergerechtigkeit“ und ökonomische Gerechtigkeit untrennbar sind und Frauenbewegungen es in den 90er Jahren schafften, ihre Beschränkung auf die Geschlechter zu überwinden und die Kategorien Klasse und „race“ miteinander zu beiziehen.

● **Ergebnis:** Seinen Hauptzweck weltweit Politiken zur Geschlechtergleichheit neue Anstöße und Anregungen zu geben, erfüllt das Dokument nicht. Die meisten Regierungen wollten die Verhandlungen vor allem zu einem Abschluß bringen, um Handlungsfähigkeit zu beweisen und den enormen Einsatz menschlicher, papierener und finanzieller Ressourcen zu rechtfertigen. Festlegungen finanzieller und terminlicher Art wurden im Text jedoch vermieden, die Regierungen sind lediglich aufgefordert, selbst überprüfbar Ziele für Gleichstellungspolitik zu formulieren. Das bedeutet für die Zukunft, daß die Verbindlichkeit, frauen- und gleichstellungspolitisch aktiv zu werden, weiterhin gering ist. Weil Indikatoren und Zeitziele nicht benannt sind, wird es den NGOs schwer gemacht, die Regierungen in die Pflicht zu nehmen und zu überprüfen.

„Peking plus 5“ war jedenfalls ein erneuter Beweis, daß Überprüfungen der großen UN-Konferenzen in dieser Form wenig tauglich sind und den Regierungen keine Zusagen zur Umsetzung der gefaßten Beschlüsse abringen. Einsicht besteht nach dem großen Frust der New Yorker Verhandlungsgeschechte, daß für die weiteren Follow-up-Prozesse nach neuen Formen gesucht werden muß, um auf internationaler Ebene Bilanz zu ziehen und Perspektiven zu entwickeln. □